

HEINRICH MUTH

SCHLEICHER UND DIE GEWERKSCHAFTEN 1932 Ein Quellenproblem

I.

Am 13. Dezember 1932 übersandte Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), Reichskanzler von Schleicher die Abschriften „angeblich amtlicher Protokolle aus der Reichskanzlei und aus dem Innenministerium“, die seit einiger Zeit in Berlin zirkulierten. Er hielt sie für Fälschungen, aber er wollte sichergehen und bat um eine Prüfung, weil ihre Form den Anschein erweckte, als ob sie tatsächlich aus der Reichskanzlei und dem Innenministerium stammten. „Sie sind mit Aktenzeichen und Verfügungen versehen, wie sie im internen Geschäftsverkehr wohl üblich sind.“ Beigelegt waren die Abschriften von zwei Protokollen über Gespräche von Mitgliedern der Reichsregierung mit Vorstandsmitgliedern des ADGB, die am 30. Juli 1932 in der Reichskanzlei und am 9. September 1932 im Pressezimmer des Reichsinnenministeriums stattgefunden haben sollten¹. Zwei Tage später antwortete Staatssekretär Planck im Auftrag des Reichskanzlers, daß die übersandten Abschriften „ganz offenbar eine Fälschung“ seien. So sei ihm von einer Besprechung am 9. September nichts bekannt. „Ich habe jedenfalls an einer solchen nicht teilgenommen.“ Auch im Reichsinnenministerium sei eine solche Besprechung unbekannt. Ebenso seien alle Aktenvermerke auf diesen Protokollen, die den Anschein erwecken sollten, als stammten sie von Reichskanzler von Papen oder von Planck selbst, „natürlich erfunden“. Andererseits wisse aber Leipart, daß am 30. Juli eine Besprechung in der Reichskanzlei stattgefunden habe, an der vom ADGB außer Leipart selbst auch die Vorstandsmitglieder Grassmann und Eggert und von der Reichsregierung der Reichskanzler und die Minister v. Gayl und v. Schleicher teilgenommen hätten. Ausdrücklich fügte Planck jedoch hinzu: „Über den Inhalt dieser Besprechung ist nie eine Aufzeichnung von amtlicher Seite gemacht worden.“² Damit war für die Reichskanzlei der Vorgang erledigt; er wurde abgelegt, bezeichnenderweise allerdings nicht in Akten über Gewerkschaften³, sondern unter „Indiskretionen“.

Mit dem ihm eigenen Hang zur Ungenauigkeit hat Papen später diese Protokolle aus den Akten der Reichskanzlei in seine zweiten Memoiren übernommen und im Wortlaut veröffentlicht, ohne den begleitenden Briefwechsel zu beachten. Um die Sache noch spannender zu machen, hat er sogar behauptet, das Protokoll über die zweite Sitzung vom 9. September, das in einer vom ADGB hergestellten Schreibmaschinenabschrift vorliegt, sei „von Planck persönlich und handschriftlich gefertigt“.

¹ Leipart an Schleicher, 13. 12. 1932, Bundesarchiv (BA), R 43 I/1971, Bl. 229–234.

² Planck an Leipart, 15. 12. 1932, ebenda, Bl. 235/236.

³ „Interessenvertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, BA, R 43 I/2024.

Für ihn waren diese Protokolle in erster Linie ein eklatanter Beweis für die Hinterlist und Unehrllichkeit Schleichers, der es versäumt habe, ihn vor allem von der Besprechung am 9. September zu unterrichten. „Wenn Schleichers Aussagen ehrlich gemeint waren, dann lag es in seinem Sinn, sie vor mir zu verbergen. Ich hätte sonst schon damals die Konsequenzen gezogen, er oder ich!“ Freilich übersieht er dabei den inneren Zusammenhang zwischen der Besprechung am 30. Juli, an der er selbst teilgenommen hatte, und der späteren, jedenfalls so wie er in den von ihm abgedruckten Protokollen zum Ausdruck kommt. Das Protokoll vom 9. September beginnt mit einer Entschuldigung für den abwesenden und verhinderten Reichskanzler, und Papen erklärt hierzu, er habe sich „absprachegemäß“ entschuldigen lassen⁴. Das setzt aber voraus, daß er über Zeit, Ort und Anlaß dieser Besprechung vorher unterrichtet gewesen sein muß, und daß er sich hinterher nur bei Schleicher oder Gayl hätte zu erkundigen brauchen, wenn er etwas über ihren Inhalt hätte erfahren wollen.

In der von Papen dargebotenen Form haben diese Protokolle als echte Quellen Eingang in die Sekundärliteratur gefunden, selbst bei Autoren, die, wie Stegmann, zu scharfer Kritik an Irrtümern, Fehlern und Nachlässigkeiten anderer neigen⁵. Für ihre Beurteilung ist wesentlich, daß alle ihre Äußerungen auf Papen zurückgehen, mit Ausnahme von Ursula Hüllbüsch, die diese Protokolle bereits Mitte der fünfziger Jahre einer vom ADGB Anfang 1933 herausgegebenen Verteidigungsschrift⁶ entnommen und ausgiebig kommentiert hat, aber hierfür auch bereits Echtheitsbestätigungen benutzt hat, die Papen ihr gegenüber abgegeben hatte⁷.

Dazu ist freilich zunächst festzustellen, daß der Inhalt dieser Protokolle geeignet ist, die Aufmerksamkeit in besonderem Maße zu erregen. Geben sie doch vor allem Aufschluß über das vielbesprochene Verhältnis Schleichers zu den Gewerkschaften und über die Vorgeschichte des 1932 zwar viel erörterten, aber reichlich verschwommenen Plans einer „Regierung von Strasser bis Leipart“ unter einer Kanzlerschaft Schleichers. Gleichzeitig tragen sie auch einiges zu den Ursachen des Mißtrauens bei, mit dem führende Industrielle der Regierung Schleicher gegenüberstanden, sehr im Gegensatz zu der seines Vorgängers, woraus sich weiterhin sehr einleuchtende Schlußfolgerungen über ihr Verhältnis zu Hitler und der NSDAP ziehen lassen. So ist nicht zu bestreiten, daß diese Protokolle ein Kernproblem dieser letzten Monate der Weimarer Republik berühren.

Betrachtet man die beiden von Leipart übersandten Protokollabschriften unter diesen Gesichtspunkten, so ergibt sich, daß die Besprechung vom 30. Juli mehr den Charakter einer ersten Fühlungnahme hatte, in der sich Papen nach dem Einfluß der Gewerkschaftsführer auf ihre Mitglieder erkundigte und an sie die Frage richtete, ob

⁴ Franz von Papen, *Vom Scheitern einer Demokratie 1930–1933*, Mainz o. J. (1968), S. 258 ff.

⁵ Dirk Stegmann, *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus*, in: *Arch. f. Sozialgesch.* 13 (1975), S. 436 f.; ders., *Kapitalismus und Faschismus*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt 1976, S. 53 f.

⁶ *Klassenverrat?*, Berlin o. J.

⁷ Ursula Hüllbüsch, *Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und Ende der Weimarer Republik*, phil. Diss. (Masch) Heidelberg 1958, S. 139 ff., S. 177 ff.

sie diese Mitglieder so fest in der Hand hätten, „daß sie unbedingt Ruhe ohne Rücksicht auf den Ausgang der Wahlen garantieren können“⁸. Nachdem sie ihm dies zugesagt hatten, bat der Reichskanzler um ihre Bereitschaft, „an einer prinzipiellen Diskussion über die Frage der zukünftigen Gewerkschaftsgestaltung teilzunehmen. Es sei beabsichtigt auch gegnerisch eingestellte Wirtschaftstheoretiker aufzufordern“. Dabei bestand er beinahe ultimatив auf einer „prinzipiellen Zu- oder Absage“, die von Grassmann und Eggert im positiven Sinn gegeben wurde. „Leipart äußerte sich nicht.“⁹ Damit wird diese Besprechung zur Vorbereitung der zweiten und wichtigeren Besprechung vom 9. September. Über sie gibt das zweite der von Leipart übersandten Protokolle Auskunft. Für die Reichsregierung haben danach die Minister v. Gayl und v. Schleicher und Staatssekretär Planck teilgenommen, der ADGB war durch die Vorstandsmitglieder Grassmann und Eggert und durch einen nicht näher bekannten Herrn Dressel vertreten; außerdem waren zwei prominente Nationalsozialisten hinzugeladen worden, Gregor Strasser und der Wirtschaftsberater Hitlers, Otto Wagener, der als der eigentliche Wortführer der Nationalsozialisten auftrat. Er entwickelte „seine bekannten Ideen von den ständischen Aufgaben der Gewerkschaften, die in ihrer heutigen, rein klassenkämpferischen Gestalt, vom Wesen der wahren Gewerkschaften, d. h. Zusammenschluß einer Arbeits- und Arbeitergemeinschaft, sich allzuweit entfernt hätten“. Seine Vorschläge liefen auf eine Verstaatlichung der Gewerkschaften hinaus. „Zuerst Zusammenfassung aller bestehenden Arbeitnehmerorganisationen nach Fachgebieten, sodann eine Art Zwangsmitgliedschaft und dann Übernahme des gesamten notwendigen Apparates durch den Staat. Dadurch sei auf der einen Seite dem Staat die Möglichkeit eines intensiven Einflusses gesichert, auf der anderen Seite seien die Arbeitnehmerinteressen viel mehr gewahrt als in der zur Zeit herrschenden Zersplitterung in freie, christliche usw. Gewerkschaften.“ Nach diesem Protokoll haben sich Strasser und Schleicher zu dieser Frage nur kurz und zustimmend geäußert, während die Gewerkschaftler nach einer „lebhaften Debatte“ sich, wenn auch „vorsichtig und zurückhaltend“, letztlich doch „grundsätzlich mit dem Ziele der Verstaatlichung“ einverstanden erklärten. Schleicher konnte daher die Besprechung mit dem Vorschlage einer weiteren Diskussion dieser Absichten innerhalb des ADGB und der NSDAP und mit der Bitte um „weitestgehende Diskretion“ schließen¹⁰.

Es leuchtet ein, daß diese Protokolle, ihre Echtheit vorausgesetzt, einen wesentlichen Beitrag zu einer Rekonstruktion der Absichten und Pläne bilden, die in der politisch und wirtschaftlich verfahrenen Situation dieser Monate auch anderwärts in ähnlicher Weise erörtert wurden. Hier hatte man endlich einen konkreten Beweis dafür in der Hand, daß diese Pläne doch weiter gediehen sein mußten, als man bisher annehmen konnte. Vor allem zeigen sie, daß neben führenden Mitgliedern des ADGB und der NSDAP vor allem auch der so wichtige „soziale General“ Schleicher aktiv an ihnen beteiligt war. So ist es denn auch verständlich, daß Heer gerade diese Protokolle

⁸ Am 31. 7. 1932 waren Reichstagswahlen.

⁹ BA, R 43 I/1971, Bl. 230/231.

¹⁰ Ebenda, Bl. 232–234.

als wichtige Beweisstücke für seine These von der politischen Rückgratlosigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften verwendet hat¹¹.

Ebenso ist es verständlich, daß es mit der Zeit üblich geworden ist, diese Protokolle auch meist in dem Sinne zu interpretieren, den Papen ihnen gegeben hat. Weniger verständlich ist allerdings das übermäßige Vertrauen, das man in Papens Darstellung setzt und das es anscheinend überflüssig macht, die Vorgänge noch einmal an Hand der Quellen selbst nachzuprüfen, wie es etwa bei Hentschel geschehen ist, der sogar die Handschriftlichkeit des Protokolls vom 9. September von Papen übernimmt¹², oder bei Kissenkoetter, der wichtige Teile seiner politischen Biographie Strassers auf Papen stützt. Dabei verweist er darauf, daß sich zunächst einmal direkte Kontakte Strassers zu führenden Gewerkschaftlern „nur schwer fassen ließen“. Erst Anfang September „kam es auch zu unmittelbaren Gesprächen, von denen eines genauer belegt werden kann.“ Daran schließt sich eine Inhaltsangabe des Protokolls vom 30. Juli an, verbunden mit einigen Vermutungen über das Zustandekommen dieses Gesprächs. Kissenkoetter erkennt auch richtig, daß es nur einen Auftakt zu dem zweiten Gespräch im September bildet, über das er dann eingehend referiert, um einige grundsätzliche und weitreichende Schlußfolgerungen anzufügen: „Nach dem großen Wahlerfolg der NSDAP vom 31. Juli 1932 war es Strassers Strategie, durch politische Kompromisse sachbezogene Koalitionen zu bilden, um die innenpolitische Stagnation zu überwinden. Auf der parlamentarischen Ebene hoffte er dies zunächst durch eine Übereinkunft mit dem Zentrum erreichen zu können, während er für die Zukunft außerhalb der bisherigen Verfassungsnorm durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Reichswehr zu neuen ständestaatlichen Zielen vorstoßen zu können glaubte.“¹³

So zeigt sich, daß diese beiden Protokolle, die 1932 in der Reichskanzlei als Fälschungen betrachtet und als Routinesache behandelt worden sind, in der zeitgeschichtlichen Diskussion der Gegenwart einen Platz einnehmen, der ihnen möglicherweise nicht zukommt und der es notwendig macht, ihren Inhalt und die Umstände ihrer Entstehung näher zu überprüfen. Dabei muß zunächst selbstverständlich außer Betracht bleiben, daß Leipart eine Fälschung vermutet und Planck sie bestätigt hat. Es kann sich hierbei durchaus auch um einen vorher abgesprochenen Briefwechsel handeln, um eine Gefälligkeit des Staatssekretärs der Gewerkschaft gegenüber, der im Organ einer kommunistischen Splittergruppe „Klassenverrat“ vorgeworfen worden war und der man auf diese Weise eine Art Alibi verschaffen wollte. Mitte Dezember 1932, als Strasser innerhalb der NSDAP bereits gescheitert und Schleicher gezwungen war, auf seine Mitwirkung in der Reichsregierung zu verzichten, konnte die Verweisung dieser sehr zur Unzeit ans Licht gekommenen Protokolle in das Reich der Fälschungen auch sehr im Interesse der Reichsregierung liegen. So lassen sich aus dem

¹¹ Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf? Zur Kritik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933*, Neuwied o. J. (1971), S. 157 ff.

¹² Volker Hentschel, *Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik*, Düsseldorf 1978, S. 64 f., bes. Anm. 14.

¹³ Udo Kissenkoetter, *Gregor Straßer und die NSDAP*, Stuttgart 1978, S. 145 ff., 151 ff.

Schreiben Plancks allein zunächst keine Anhaltspunkte für eine Aufklärung dieses mysteriösen Vorfalles gewinnen.

II.

Bedenken gegen Form und Inhalt der Protokolle hat vor allem Skrzypczak in einer sehr temperamentvollen Auseinandersetzung mit Papen, Heer und vor allem der Dissertation von Ursula Hüllbüsch angemeldet, die ihrerseits allerdings wegen der „Ungeschicklichkeit des Berichtes“ auch einige Bedenken gehabt hatte, aber mit dem Hinweis über sie hinweggegangen war, sie deute „lediglich“ darauf hin, „daß ein den behandelten Fragen Fernstehender die Aufzeichnung verfaßt hat“¹⁴. Sieht man zunächst einmal von Skrzypczaks recht polemisch gehaltener inhaltlichen Kritik ab, so bleiben gravierende Formfehler, auf die er mit Recht verweist. So wird Staatssekretär Planck in einem angeblich aus der Reichskanzlei stammenden Protokoll als „Dr. Planck“ bezeichnet, der Reichskanzler und der Reichswehrminister werden als „Papen“ und „Schleicher“ aufgeführt, ebenso wie auch Leipart oder Grassmann. Skrzypczak bemängelt weiter die Verwendung der Bezeichnung „Protokoll“ anstelle des üblichen „Niederschrift“ oder „Vermerk“ und die merkwürdig genaue Anweisung des Reichskanzlers an den Reichsinnenminister, bei welchen Akten er das Protokoll zu verwahren habe. Auffallend ist auch im Septemberprotokoll die Anonymität des Protokollführers, der in der Anwesenheitsliste nur als „Ministerialrat“ aufgeführt wird und auch das Protokoll nur als „Ministerialrat“ unterzeichnet, ohne seinen Namen hinzuzufügen. Zum Vergleich hat Skrzypczak kurz auf eine Niederschrift und einen Vermerk verwiesen, die beide von Planck stammen und ganz andere Formen zeigen¹⁵.

Diese Kritik Skrzypczaks ist zutreffend und läßt sich noch durch eine Reihe weiterer Einzelheiten ergänzen. So war es in der Reichskanzlei üblich, in den Niederschriften über Sitzungen und Besprechungen den Zeitpunkt ihres Beginns anzugeben, nicht jedoch den ihrer Beendigung. Dauervermerke nach der Art von: „Das Gespräch hat ... gedauert“ in amtlichen Niederschriften gehören vor allem zu den Spezialitäten Meißners und des Büros des Reichspräsidenten. Demgegenüber gibt das Protokoll vom 30. Juli sogar die genaue Uhrzeit der Beendigung an. Ganz merkwürdig und einer gewissen komischen Wirkung nicht entbehrend ist es aber, daß auch die Niederschrift nicht nur, wie üblich, mit einem Datum, sondern sogar mit einer genauen Uhrzeit versehen ist. Hinzu kommt eine merkwürdige Liebe zur Anonymität. Sie macht den Protokollführer vom 9. September zum namenlosen Ministerialrat und läßt auch an der Julibesprechung einen namenlosen „Berichterstatter des Reichswehrministeriums“ teilnehmen. Am wunderlichsten ist der erste Absatz des Juliprotokolls: „Pro-

¹⁴ Hüllbüsch, S. 140.

¹⁵ Henryk Skrzypczak, Fälscher machen Zeitgeschichte. Ein quellenkritischer Beitrag zur Gewerkschaftspolitik der Ära Papen und Schleicher, in: *IWK* 11 (1975), S. 452ff., bes. S. 459f. u. Anm. 28, 29.

tokoll auf Grund handschriftlicher Aufzeichnungen des Protokollführers (von der Führung eines Protokolls ist der Mehrzahl der Teilnehmer nichts bekannt).“

Der Stil amtlicher Niederschriften, die in der Reichskanzlei entstanden sind, ist so unverwechselbar, daß Abweichungen von dieser Norm sofort ins Auge fallen müssen. Planck konnte also mit gutem Gewissen die übersandten Abschriften als Fälschungen bezeichnen.

Im einzelnen ist vor allem noch darauf hinzuweisen, daß in solchen Niederschriften die Mitglieder der Reichsregierung nur mit ihren Amtsbezeichnungen aufgeführt werden, also z. B. „Der Reichskanzler wies einleitend darauf hin ...“, „Der Reichsfinanzminister stimmte zu ...“, „Der Reichsjustizminister gab zu bedenken ...“ oder „Dem widersprach der Reichswirtschaftsminister ...“. Staatssekretäre, andere Beamte der Reichsministerien oder Chefs sonstiger Reichsbehörden, die an solchen Besprechungen teilnahmen, werden mit Amtsbezeichnung und Namen genannt, also z. B. „Staatssekretär Dr. Meißner“ oder „Reichsbankpräsident Dr. Luther“. Nahmen auch Außenstehende wie Politiker, Parteiführer oder Vertreter von Verbänden teil, so bleiben die Bezeichnungen für die Regierungsmitglieder und die Ministerialbeamten die gleichen, während die Besucher durchweg mit ihrem Namen und dem Zusatz „Herr“ bezeichnet werden, nur gelegentlich auch mit besonderen Titeln oder früheren Amtsbezeichnungen, etwa „Prälat Kaas“, „Präsident Graf Kalckreuth“ oder „Reichsminister a. D. Dr. Hermes“. Hinzu kommt als weiteres charakteristisches Merkmal, daß solche Niederschriften niemals die Präsenzform benutzen. Außerdem gehörte es zu den selbstverständlichen Pflichten des Protokollführers, nur den Gang der Diskussion festzuhalten und in einer ausschließlich vermittelnden Form wiederzugeben. Ob ihm dies immer ganz gelang, ist eine andere Frage, aber diese Tendenz führte dazu, daß auch heftigere Kontroversen sich in der Niederschrift hinterher oft recht harmlos ausnehmen. Auf jeden Fall aber sind Sätze wie: „Auf Grassmanns Anfrage, wer damit gemeint sei, wurde eine unverbindliche, ausweichende Antwort erteilt ...“ oder „entwickelte seine bekannten Ideen vom ständischen Aufbau der Gewerkschaften ...“ glatte Unmöglichkeiten.

Hinzukommt die Zeichnung der Aktenverfügungen; Papen zeichnet „P“ mit Grüntift und Planck ebenfalls „P“, aber mit Rotstift, niemals jedoch „Papen“ und „Pl“ wie auf dem Protokoll. Schließlich bleibt noch das Problem des Aktenzeichens. Das angebliche Protokoll vom 30. Juli verwendet die Aktenzeichen „Gew.A 1932/1439“ und „Gew.A 1932/1940“. Die Reichskanzlei benutzte als Aktenzeichen jedoch sog. Rk-Nummern, zu denen hinterher gekürzte Bleistiftvermerke des Büros kamen, die wohl im wesentlichen der Erleichterung der Ablage dienen sollten. Demgemäß trägt das Konzept des Antwortbriefs von Planck an Leipart vom 15. 12. 1932 das Aktenzeichen „Rk 11 986“ und am unteren Rand den Bleistiftvermerk „Gesch.Gg.3“. Die in dem angeblichen Protokoll verwendeten Aktenzeichen sind also reine Phantasieprodukte. So ergibt die form- und stilkritische Prüfung, daß es sich bei diesen Protokollen um Fälschungen handeln muß. Als Quellen sind sie daher unbrauchbar und auszuscheiden.

III.

Nun ist es eine Binsenweisheit, daß der Inhalt eines gefälschten Schriftstücks nicht unbedingt auch falsch sein muß. Es wäre daher ein verhängnisvoller Trugschluß, wollte man aus der Fälschung der Protokolle voreilig die Folgerung ziehen, daß Gespräche der geschilderten Art niemals stattgefunden haben und daß alle Behauptungen über politische Verbindungen zwischen Strasser, Schleicher und dem ADGB schlechthin Märchen sind. Zur Klärung der Frage, ob auch der Inhalt der Protokolle insgesamt falsch ist und was an ihnen falsch oder echt ist, müssen andere Quellen herangezogen werden. Sie führen für das Gespräch vom 30. Juli, von dem Planck ja selbst gesagt hat, daß es wirklich stattgefunden hat, zu einer lückenlosen Aufklärung. Etwas schlechter ist es dagegen um das Gespräch vom 9. September bestellt.

Entgegen allem äußeren Anschein lag die Initiative für das Gespräch am 30. Juli nicht bei Schleicher, sondern bei dem früheren Staatssekretär Hans Schäffer, dessen politischer Einfluß nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsfinanzministerium keineswegs erloschen, sondern eher noch gestiegen war¹⁶. Am 1. Mai 1932 hatte Schäffer sein Amt wegen seines Gegensatzes zur Finanzpolitik Brüning's aufgegeben, ohne daß dadurch sein persönliches Verhältnis zu Brüning gelitten hätte, und war Generaldirektor des Ullstein-Verlages geworden, dessen Inhaber, die Brüder Ullstein, sich durch Familienintrigen so entzweit hatten, daß der Verlag dringend eines neutralen Leiters bedurfte. Aber Schäffer, der jahrelang zu den angesehensten und einflußreichsten Mitgliedern der hohen Ministerialbürokratie gehört hatte, zählte auch nach seinem Ausscheiden aus seinem Amt noch immer zum „innersten Kreis“ und unterhielt vielseitige Kontakte und Verbindungen, die ihn zu einer Art von politischer Kommunikations-Drehscheibe machten. So konnte er etwa Mitteilungen, Meinungen und Ansichten Brüning's an Planck weitergeben und umgekehrt und auf diese Weise einen nicht unerheblichen politischen Kulisseneinfluß ausüben. Zudem hatte er die Angewohnheit, sich noch während wichtiger politischer Gespräche stenographische Notizen zu machen – als Staatssekretär hatte er dies auch oft während der Kabinettsitzungen sehr zum Ärger mancher Minister getan –, um sie hinterher zu einem stenographischen Tagebuch zusammenzufügen. Dieses Tagebuch, das sich durch eine äußerst lebendige Wiedergabe seiner Gespräche auszeichnet, gehört zu den wichtigsten und noch keineswegs ausgeschöpften Quellen besonders auch für die Regierungen Papen und Schleicher¹⁷.

Als Anhänger der Weimarer Koalition sah Schäffer die Überrepräsentation des Adels und agrarischer Interessen in der neuen Regierung Papen und die daraus resul-

¹⁶ Über ihn der biographische Versuch von Eckhard Wandel, Hans Schäffer. Steuermann in politischen und wirtschaftlichen Krisen, Stuttgart 1974, der insofern unbefriedigend ist, als er mit Schäffer's Ausscheiden aus dem Reichsfinanzministerium abbricht.

¹⁷ Der Nachlaß Schäffer's befindet sich im Institut für Zeitgeschichte (IfZ), darunter auch das vielbändige Tagebuch, das aus dem Stenogramm inzwischen in Klartext übertragen ist. Über Schäffer's Arbeitsweise und die Entstehung der vorliegenden Form des Tagebuchs vgl. Wandel, S. 291 ff.

tierende Interesselosigkeit gegenüber der Arbeiterschaft mit großer Besorgnis, zumal ihm entsprechende Unmutsäußerungen über das „Kabinett der Barone“ natürlich nicht verborgen blieben und ihm kommende Konfrontationen befürchten ließen. In der wirtschaftlichen Situation Deutschlands, die trotz Abflauens der Weltwirtschaftskrise eine Erholung noch nicht erkennen ließ, und bei der nationalsozialistischen Bedrohung im Innern hielt er eine solche Konfrontation für tödlich und sah offensichtlich eine wichtige persönliche Aufgabe darin, ihr entgegenzuwirken, soweit er es konnte.

Als Pluspunkte in der neuen Regierung betrachtete er den neuen Staatssekretär in der Reichskanzlei¹⁸ und den neuen Reichsfinanzminister¹⁹. Während sein Verhältnis zu Schwerin-Krosigk wohl ein wenig dadurch belastet war, daß er früher sein Vorgesetzter gewesen war, scheinen seine Beziehungen zu Planck besonders gut gewesen zu sein. Sie trafen sich häufig, etwa ein bis zweimal im Monat, mitunter an „unverdächtigen“ Orten wie „Wertheims Teestube“, wo sie damit rechnen konnten, in der Masse der Kaufhausbesucher unerkannt zu bleiben. Zwischendurch telefonierten sie miteinander oder wechselten Briefe. Ihre Gespräche sind meist sehr lange Diskussionen über die jeweilige politische Lage nach Art einer „tour d'horizon“ und berühren alle anstehenden wichtigen Fragen. Schäffer ist dabei ein äußerst kritischer Gesprächspartner, der bohrende Fragen liebt und mit seinen eigenen Ansichten nicht zurückhält. Er fühle sich „so ein bißchen als psychologischer Scheibenjunge der Reichsregierung, der ansagt, in welchen Seelenring die einzelne Maßnahme getroffen hat“, hat er seine Rolle Planck gegenüber selbst charakterisiert²⁰. Andererseits hatte aber auch Planck ein großes, wenn auch sicher nicht unbegrenztes Vertrauen zu Schäffer, mit dem er bei aller Tendenz, die Regierung zu verteidigen, doch sehr freimütig über Personen und Tendenzen sprach. In dieser Atmosphäre vertraulicher, persönlich-politischer Gespräche ist der Plan Schäffers entstanden, eine Unterredung zwischen dem ADGB-Vorstand und Schleicher zustande zu bringen.

Es war kein spontaner Einfall, sondern das Ergebnis längerer und reiflicher Überlegungen, nachdem er die Besorgnisse, die er gegenüber der Regierung Papen hegte, mehr oder weniger deutlich seinen Gesprächspartnern gegenüber geäußert hatte. Er befürchte, „daß innenpolitisch hier der Bogen überspannt wird“, erklärte er dem Reichsbankpräsidenten Luther wenige Tage nach dem Regierungswechsel. „Man soll sich nicht darauf verlassen, daß die Arbeiter alles ruhig hinnehmen.“ Sobald man aktiv werde, gegen die Sozialdemokratie ganz allgemein und gegen die Freiheit der

¹⁸ Er sehe die Aufgabe des neuen Staatssekretärs ganz wesentlich darin, zu verhindern, „daß unter denjenigen neuen Kabinettsmitgliedern, die bisher nur wenig Gelegenheit gehabt haben, sich im Dienste der Allgemeinheit zu betätigen“, sich die Auffassung breitmache, „sich als die einzigen und ersten Träger nationaler Gedanken anzusehen“. Glückwunschschreiben an Planck vom 3. 6. 1932, IfZ, ED 93, Bd. 21, S. 541.

¹⁹ „Ihre Anwesenheit in diesem Kabinett gibt jedem, der mit Ihnen zusammengearbeitet hat, die Gewähr dafür, daß die allgemeinen menschlichen Werte nicht durch Einseitigkeit der politischen Betrachtungsweise Not leiden werden.“ Glückwunschschreiben an Schwerin-Krosigk, 4. 6. 1932, ebenda, S. 548f.

²⁰ Tagebuch Bd. 21, S. 555 (5. 6. 1932).

Wahlen vorgehe oder neue Terrorakte der Nationalsozialisten dulde, werde die Geduld auf der Linken „ohne Zweifel reißen und mit Bajonetten könne man nicht dagegen aufkommen“²¹. Massiver und drängender wurde er Anfang Juli Planck gegenüber. Er solle wissen, daß auf der Linken „absolut das Gefühl“ bestehe, „sich einer feindlichen Regierung gegenüber zu befinden, von der auch in ernstesten Fällen die Gerechtigkeit, auf die jeder Staatsbürger Anspruch hat, nicht zu erwarten ist“. Das habe schwerwiegende Konsequenzen. Der Arbeiter habe vor dem Krieg dem Staat feindlich gegenüber gestanden, aber er habe sich inzwischen wieder daran gewöhnt, den Staat als den seinen anzuerkennen. Wenn die Arbeiterschaft aber anfangs, „sich von ihm verlassen zu fühlen, so könne sie auch stärkere Dummheiten machen. Jede Unbesonnenheit der Regierung würde solche Dummheiten auslösen können“²².

Einen entscheidenden Antrieb erhielt Schäffer durch die Preußenaktion vom 20. Juli und ihre näheren Begleitumstände. Nachdem er Planck bereits am Telefon darauf hingewiesen hatte, daß die Regierung „möglichst bald“ dafür sorgen müsse, „zu einer Regierung für alle Volkskreise zu werden“²³, nahm er sein nächstes Zusammentreffen mit ihm zum Anlaß, um Kontakte zwischen der Regierung und den Gewerkschaften zu fördern. „Wer in der Regierung hat denn von ihnen eine Ahnung?“ fragte er und verlangte, daß „die politisch Entscheidenden selbst die Fühlung haben“. Planck war zunächst skeptisch: „Glauben Sie, daß sie kommen werden, wenn man sie einlädt?“ Nachdem Schäffer diese Bedenken zerstreut, getrennte Gespräche mit den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen vorgeschlagen und für den ADGB Leipart, Grassmann und Eggert empfohlen hatte, einigten sich beide darauf, daß die Einladung nur zu Schleicher erfolgen solle, weil man nur auf diese Weise eine Teilnahme des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftsministers verhindern konnte, über deren negative Beurteilung sich Planck und Schäffer einig waren. Schäffer hielt seinen Namensvetter, den Arbeitsminister, für „zu unbeweglich“ und den Wirtschaftsminister Warmbold für „zu doktrinär“. So blieb nur Schleicher, und Schäffer mahnte: „Aber besser in die Wohnung, damit sie nicht durch das Reichswehrministerium zu gehen brauchen.“²⁴

Planck hat diese Anregung sofort aufgegriffen und bereits am nächsten Tag die Verbindung zu Leipart aufgenommen. Nach dessen Weigerung, zum Wehrminister zu gehen, muß es ihm auch in kürzester Zeit gelungen sein, Papen dafür zu gewinnen, daß er die Einladung aussprach und Schäffer und Warmbold, die als Ressortminister in erster Linie zuständig waren, durch Gayl und Schleicher zu ersetzen, so daß die Reichsregierung bei diesem Gespräch in einer recht ungewöhnlichen Besetzung vertreten war.

Andererseits hatte aber Schäffer seinen Vorstoß bei Planck auch erst nach entsprechender Sondierung beim ADGB unternommen, erst nachdem er mit Eggert sehr offen über die Möglichkeiten eines Gesprächs mit Papen und Schleicher gesprochen

²¹ Tagebuch Bd. 21, S. 555f. (5. 6. 1932).

²² Tagebuch Bd. 21, S. 642 (6. 7. 1932).

²³ Tagebuch Bd. 21, S. 672 (21. 7. 1932), Sperrung bei Schäffer.

²⁴ Tagebuch Bd. 21, S. 695 (28. 7. 1932).

hatte. Seine Argumente waren auch hier nahezu die gleichen wie Planck gegenüber. „Das Unglück ist, daß in der Regierung niemand ist, für den die Gewerkschaften ein lebendiger Begriff sind.“ Auch Eggert gegenüber wiederholte er seine Meinung über die Unbeweglichkeit des Arbeitsministers, um ihm danach eine Verbindung zu Schleicher zu empfehlen. „Ich halte eine solche schon deswegen für gut, um Schleicher einmal einen Begriff von dieser Menschengruppe zu geben.“²⁵ Im übrigen kannten sich Papen und Leipart durch die gemeinsame Mitgliedschaft im Aufsichtsrat einer Hypothekenbank schon seit längerer Zeit persönlich. Man konnte daher auch beim ADGB-Vorstand nicht übermäßig überrascht gewesen sein, als Planck sich tatsächlich eine Woche später am Telefon meldete. So ergibt sich schon aus dieser Vorgeschichte des Gesprächs vom 30. Juli, daß es sich niemals um eine Initiative des „sozialen Generals“ handeln kann, der in Befolgung eines klaren innenpolitischen Konzepts die Verbindung zu den Gewerkschaften suchte; es ist der Versuch eines klugen und besorgten Beobachters, der in recht diplomatischer Weise sich darum bemüht, der Arbeiterfremdheit des „Kabinetts der Barone“ entgegenzuwirken.

Über das Gespräch selbst liegen nun zwei voneinander unabhängige Berichte Leiparts vor, einer noch vom gleichen Tage in einer „Bürositzung“ des ADGB²⁶ und ein zweiter, den er etwa zehn Tage später Schäffer gegeben hat²⁷. Dieser zweite Bericht stimmt inhaltlich mit den Ausführungen vor dem Büro völlig überein, setzt aber auch gelegentlich Schlaglichter, wie sie in einem privaten Gespräch eher möglich sind als in einem förmlichen Bericht. Papen habe die Frage an sie gestellt, welche Beschwerden sie hätten, „anstatt die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß der Kanzler die Gewerkschaften zu sich gebeten hat“, hat Leipart etwas spöttisch Schäffer gegenüber bemerkt. Sie hätten darauf sehr offen ihre Besorgnisse politischer und wirtschaftlicher Art vorgebracht, worauf Papen, Schleicher und Gayl versucht hätten, ihre eigenen Absichten näher zu erläutern und zu begründen. Besonders lebhaft sei Schleicher gewesen, berichtete Leipart, er habe sich „sowohl in zusammenhängender Rede wie auch in einer Reihe von Zwischenrufen auf das stärkste an der Unterhaltung beteiligt“. Bemerkenswert sind zwei Äußerungen, von denen die eine für Papen, die andere für Schleicher charakteristisch ist. Papen hat in diesem Gespräch auf das energischste bestritten, daß die Reichstagsauflösung auf Versprechungen gegenüber der NSDAP vor der Regierungsbildung zurückgehe. Er habe Brüning diesen Vorschlag bereits im Herbst 1931 gemacht, der jedoch bis nach den Präsidentschaftswahlen habe warten wollen. „Damals wären die Nazis noch bescheiden gewesen und hätten sich mit einigen Ministerien von geringer Bedeutung begnügt.“²⁸ Schleicher hielt im Laufe dieses Gesprächs

²⁵ Tagebuch Bd. 21, S. 673 f. (21. 7. 1932).

²⁶ Im Wortlaut bei Dieter Emig-Rüdiger Zimmermann, Das Ende einer Legende. Gewerkschaften, Papen und Schleicher. Gefälschte und echte Protokolle, in: *IWK* 12 (1976) S. 34 ff.

²⁷ Tagebuch Bd. 22 a, S. 727 (10. 8. 1932).

²⁸ Emig-Zimmermann, S. 36; Schäffer, Tagebuch Bd. 22 a, S. 733 ff. Vgl. hierzu jedoch die Niederschrift Meißners über den Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten am 30. 5. 1932, nach der Hitler seine „Mitwirkung“, die Tolerierung der kommenden Regierung also, zugesagt hat, wenn Neuwahlen des Reichstags stattfänden und das SA-Verbot aufgehoben würde. Im Druck bei Wal-

eine genauere Kontrolle der vom Reich subventionierten Industriebetriebe für notwendig. „Es sei nicht zu verantworten, daß unfähige Generaldirektoren, die nach der Sanierung eigentlich Regierungsbeamte seien, weil sie nur mit Regierungsmitteln den Betrieb weiterführen könnten, 100–150 000 RM Gehalt bezögen. Hier müßte mit eiserner Faust durchgegriffen werden.“ Die Regierung stimme in diesem Fall mit gewerkschaftlichen Forderungen ganz überein²⁹. In seinem Bericht vor dem Büro hat Leipart schließlich auch auf die Initiative Schäffers deutlich hingewiesen³⁰.

So verlief das Gespräch zur vollen Zufriedenheit der Regierung. Planck äußerte sich hinterher sehr befriedigt zu Schäffer: „Man ist sich wirklich näher gekommen und hatte das Gefühl, was es auch für die Gewerkschaften bedeutete, daß sie ihre Sorgen loswerden konnten.“³¹

Aber auch die Gewerkschaftsseite war offensichtlich beeindruckt. So erklärte Leipart ausdrücklich, daß man es „bei aller politischen Meinungsverschiedenheit doch mit klugen und anständigen Leuten zu tun habe, die natürlich ihre politischen Ziele verfolgten“. Und Grassmann sah in Schleicher „einen klugen Kopf mit weitem Gesichtskreis, der durchaus nicht nur Soldat sei“. Beide hielten ihn für den „maßgebenden Mann“³².

Damit ist auch eine abschließende Feststellung über den Inhalt des „Protokolls“ möglich. Da es von den Berichten Leiparts mit jedem Satz abweicht, kann es auch inhaltlich nur eine Fälschung sein.

Zugleich läßt sich aber auch jetzt die Technik des Fälschers etwas näher verfolgen. Er knüpft offensichtlich an wirkliche Begebenheiten an; er muß gewußt haben, daß am 30. Juli in der Reichskanzlei eine Besprechung von Mitgliedern der Reichsregierung mit Gewerkschaftsvertretern stattgefunden hat. Und diese Tatsache hat er benutzt, um sie mit einem erfundenen Protokoll zu verbinden. Wie das geschehen ist, zeigt ein Vergleich der Schilderung, die Leipart in der Bürositzung über das Zustandekommen dieses Gesprächs gegeben hat, mit der Art, wie das „Protokoll“ dieses Zustandekommen in einem angeblichen Aktenvermerk Plancks wiedergibt. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

ther Hubatsch, Hindenburg und der Staat, Göttingen 1966, S. 230ff., Dok. Nr. 84. Nach einer Aufzeichnung Gayls rechnete man sogar mit einem „schriftlichen Abkommen“ (BA, Nachlaß Gayl/4 Bl. 66 R), was Hitler später indirekt auch bestätigt hat; Hitler an Papen, 16. 11. 1932, BA, R 43 I/1309, Bl. 371–383.

²⁹ Emig-Zimmermann, S. 37. Nach dem Ankauf der Aktienmehrheit der Gelsenkirchner Bergwerks-AG, die ihrerseits über einige Schachtelbeteiligungen auch über die Mehrheit bei den Vereinigten Stahlwerken verfügte, hat Schleicher diese Forderung häufiger erhoben. Als Richtschnur schwebte ihm das Ministergehalt vor. In der Ministerbesprechung vom 3. 11. 1932 verhandelte man länger über diese Frage, ohne allerdings zu einem Beschluß zu kommen. BA, R 43 I/1458, Bl. 255–272.

³⁰ „Wie sich später ergab, sei die Anregung dazu von Staatssekretär Schäffer ausgegangen, der Planck nahegelegt hatte, den Reichskanzler zur Einladung der Gewerkschaftsvertreter zu veranlassen.“ Emig-Zimmermann, S. 35.

³¹ Schäffer, Tagebuch Bd. 22 a, S. 785 (22. 8. 1932).

³² Emig-Zimmermann, S. 37.

Leipart:

„Am 29. Juli habe Staatssekretär Planck von der Reichskanzlei angerufen. Er habe gehört, daß bei uns Beunruhigung herrsche über die Absichten der Regierung nach der Wahl, ob sie an der Verfassung festhalten würde und gegen einen evtl. Aufstand vorgehen werde. Er rege an, daß wir mit dem eigentlichen Träger der Gewalt, von Schleicher, sprechen, um Antwort aus berufenem Munde zu hören ... Leipart lehnte für den Bundesvorstand ab, zum Wehrminister zu gehen. Dagegen erklärt er sich bereit, auf Einladung des Reichskanzlers zu ihm zu kommen. Zu einer solchen Unterredung könnten ja dann der Innenminister und der Wehrminister zugezogen werden. Einige Stunden nach dieser Unterredung habe dann Staatssekretär Planck angerufen und mitgeteilt, der Reichskanzler habe das Bedürfnis, die Bundesvorsitzenden am 30. Juli vorm. 11½ Uhr zu sprechen. Schleicher und Gayl würden zugegen sein.“³⁵

„Protokoll“

„Am 19. VII. 32³³ Telefongespräche von der Reichskanzlei zum ADGB, begonnen von Schleicher mit Leipart. Dieser lehnte Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium ab. Danach sprach der Reichskanzler, der Unterredung mit Bevollmächtigten des ADGB verlangte. Zugesagt am nächsten Tag nachmittags. Pl.“³⁴

Ein gewisser Wahrheitskern ist also unverkennbar, auch wenn er nur Nebensächlichkeiten betrifft. Es ist daher auch nicht zu weit hergeholt, wenn man folgert, daß der Fälscher im Juli von dem Zeitpunkt dieses Gesprächs und den Umständen seines Zustandekommens recht genau informiert worden ist, daß er aber sehr viel später – wahrscheinlich erst im November – seinen phantasievollen Inhalt hinzukomponiert hat, wobei ihm dann bei der Schilderung des wahren Hergangs grobe Gedächtnisfehler unterlaufen sind. Aber er muß auch noch über einen weiteren Umstand recht genau informiert gewesen sein, der ihm seine Fälschung sehr erleichterte. Das ist die Praxis der Reichskanzlei. Sie zeichnet sich durch Willkürlichkeit aus. So gibt es wichtige Gespräche, wie etwa die beiden Gespräche Papens mit Hitler am 13. und 29. August, über die nichts aufgezeichnet worden ist. Es scheint vielmehr, daß Papen sich selbst keine Notizen während solcher Gespräche gemacht und daß er auch hinterher keine Gedächtnisprotokolle angefertigt hat³⁶. Niederschriften sind daher nur in den

³³ Schreibfehler.

³⁴ BA, R 43 I/1971, Bl. 230.

³⁵ Emig-Zimmermann, S. 34f.

³⁶ Ein solches seltenes Gedächtnisprotokoll stellt eine 12 Zeilen lange und nichtssagende Niederschrift Papens über ein einstündiges Gespräch dar, das er am 16. 11. 1932 mit dem Vorsitzenden

Fällen nachzuweisen, in denen ein Beamter der Reichskanzlei ausdrücklich als Protokollführer hinzugezogen wurde, und das sind selbstverständlich nicht die besonders vertraulichen politischen Gespräche. Daher kommt es auch, daß über das Gespräch am 30. Juli keine Niederschrift angefertigt worden ist. Planck hat darauf selbst in seiner Antwort an Leipart hingewiesen, und bei der Praxis der Reichskanzlei sind Zweifel an dieser Antwort nicht möglich. Aber der Fälscher muß diese Praxis gekannt haben. Nur so wird auch die seltsame Bemerkung, daß die Mehrzahl der Teilnehmer von der Anfertigung eines Protokolls nichts gewußt hätten, überhaupt erst verständlich. Auf diese Weise werden wirkliche oder mögliche Vorgänge, die dem Fälscher auf irgendeine Weise bekannt gewesen sind, zum „Aufhänger“ für die eigentliche Fälschung. Gerade daraus ergibt sich aber auch ihre politische Gefährlichkeit, hinter der die formalen Plumpheiten schließlich auch zurücktreten. Man wird sich freilich die Frage vorlegen müssen, wie das überhaupt möglich gewesen sein kann. Skrzypczak hat in diesem Zusammenhang mit Recht auf die Schilderungen verwiesen, die Brüning von den Verhältnissen in der Reichskanzlei gegeben hat³⁷. Er berichtet von erstaunlichen Vorgängen, die sich stellenweise wie Kapitel aus einem Kriminalroman lesen, von abgehörten Telefongesprächen, von Lauschern an einem nicht benutzten Kamin im Arbeitszimmer des Reichskanzlers, von einem Einbruch in seiner Privatwohnung mit dem Versuch, seinen Schreibtisch mit Nachschlüsseln zu öffnen, oder von umständlichen Tarnmanövern, wenn er sich außerhalb der Reichskanzlei zu politischen Gesprächen treffen wollte³⁸. Man wäre durchaus geneigt, diese Erzählungen mit Brecht für „in vielen Zügen unglaubwürdig“ zu halten und sie „Zwangsvorstellungen“ zuzuschreiben³⁹, wenn es nicht noch gewichtige Bestätigungen von anderen Seiten gäbe.

So hat der bayerische Innenminister Stützel nach seiner Rückkehr von einer Konferenz der Innenminister, die am 22. Juni in Berlin stattgefunden hatte, dem Staatsministerium berichtet, wie „unmöglich“ die Atmosphäre in Berlin sei. „Eine Geheimhaltung bestehe überhaupt nicht mehr, die Presse erfahre aus den Zentralstellen die vertraulichsten Dinge.“⁴⁰ Und was Gayl über die Zustände in der Reichskanzlei und in seinem eigenen Ministerium zu berichten weiß, in Betrachtungen zum Kabinett Papen, die er Mitte der dreißiger Jahre niederschrieb, steht den Schilderungen Brünings in nichts nach⁴¹. Er war sogar davon überzeugt, daß sich selbst im Arbeitszimmer des Reichspräsidenten Abhörvorrichtungen befanden⁴². Ebenso kam auch der

der DVP, Dingeldey, gehabt hatte (BA, R 43 I/1309, Bl. 398), das aber nach einer Mitteilung Dingeldeys gegenüber dem Nachrichtenbüro Dertinger in Wahrheit eine umfassende Erörterung der innenpolitischen Lage gewesen war. Vertraulicher Informationsbericht vom 16. 11. 1932, BA, ZSG 101/25, Bl. 300–306.

³⁷ Skrzypczak, S. 460.

³⁸ Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 389 ff., 571 und passim.

³⁹ Arnold Brecht, *Gedanken zu Brünings Memoiren*, in: PVS 17 (1971), S. 626.

⁴⁰ Sitzung des Staatsministeriums vom 24. 6. 1932, Bayer. HStA. MA 99 524.

⁴¹ BA, NL Gayl / 4 Bl. 60–81, Aufzeichnungen über die Ministerzeit, hier Bl. 64 ff.

⁴² „Ich hielt einmal dem Reichspräsidenten von Hindenburg unter vier Augen Vortrag, indem ich noch gänzlich unausgeregnete Gedanken, die ich noch nicht einmal bei mir festgelegt hatte, in

Reichsernährungsminister von Braun auf Grund seiner Kabinetts Erfahrungen zu der Überzeugung, daß „sein Tischtelefon auf Empfang gestellt war und abgehört werden konnte“⁴³. Aber während Brüning und Braun die Ursachen solcher Bespitzelungen wohl hauptsächlich im Reichswehrministerium suchten, dessen Abwehrstelle sich im Laufe der Jahre zu einer Nachrichtensammelstelle entwickelt hatte, was Schleicher wohl auch kaum bestritt⁴⁴, verdächtigte Gayl pauschal die „Roten“ oder die „rote Preußenregierung“⁴⁵. Als überzeugter Deutschnationaler stand er in einem von Emotionen nicht freien negativen Verhältnis zu allen Parteien links von der DNVP.

Keiner der Beteiligten und Betroffenen hat sich freilich Gedanken darüber gemacht, ob und inwieweit die von ihnen beklagten Zustände nicht typische Begleitumstände der von ihnen praktizierten autoritär-bürokratischen Regierungsweise sein könnten, die es liebte, die Bevölkerung mit Maßnahmen und Anordnungen überfallartig am Tage ihres Inkrafttretens zu überraschen. Die notwendige Konsequenz kann nur eine ungewöhnliche Anstachelung der journalistischen Berufsneugier gewesen sein, wobei dann auch Hemmungen jeglicher Art wohl sehr schnell abgebaut wurden. Bei der Regierung Papen mögen dann noch die Ungeschicklichkeiten ihres ersten Pressechefs zur Vermehrung dieser Zustände beigetragen haben.

Da es auch Anzeichen dafür gibt, daß sich diese Bespitzelungen nicht auf Ministerien und Regierungsstellen beschränkt haben⁴⁶, stellt sich selbstverständlich die Frage, wie es mit dem Telefon des Vorsitzenden einer der wichtigsten Gewerkschaften bestellt war. Wurde auch Leipart von irgendwelchen Interessenten abgehört? Gäbe es eine Antwort auf diese Frage, wäre man dem Geheimnis dieser Fälschungen einen wesentlichen Schritt näher. Auf jeden Fall leuchtet aber ein, daß es unter solchen Umständen und in einer so mit Gerüchten angereicherten Atmosphäre nicht besonders schwierig sein konnte, falsche Niederschriften über wirklich stattgefundene oder auch über frei erfundene Gespräche herzustellen. Hierzu waren nur etwas Phantasie und Kombinationsgabe notwendig. Die „recherche de la paternité“ wird damit allerdings nicht leichter. Skrzypczak hat sich in diese Richtung locken lassen mit dem

großen Zügen andeutete. Am selben Abend las ich diese Gedanken bereits in einem Abendblatt als Absichten des Reichsinnenministers und des Kabinetts. Das Rätsel ließ sich nicht lösen.“ Ebenda, Bl. 64f.

⁴³ Magnus v. Braun, *Weg durch vier Zeitepochen*, Limburg 1964, S. 258.

⁴⁴ Brüning, S. 298ff., v. Braun, S. 258.

⁴⁵ Immerhin lief kurz nach der Preußenaktion in der Reichskanzlei eine anonyme Denunziation ein, in der behauptet wurde, daß eine Reihe namentlich genannter „Telefonistinnen“ im Dienste Severings und des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski Telefongespräche abhörten (BA, R 43 I/2280, Bl. 279). Ob eine Untersuchung angestellt worden ist und mit welchem Ergebnis, läßt sich nicht feststellen.

⁴⁶ So hatte der preußische Zentrumsabgeordnete Steger den Eindruck, überwacht zu werden: „Mir kamen nämlich einige politische Briefe, die während des Urlaubs nach Reichenhall geschickt wurden, etwas verdächtig vor. Ich hatte das Empfinden, daß sie vor der Übergabe an mich geöffnet worden waren.“ Steger an Adenauer, 29. 8. 1932, Hist. Arch. Köln, Abt. 902/42-2, Bl. 75. Dieser Brief fällt in eine Zeit, in der Gespräche zwischen NSDAP und Zentrum über die Möglichkeit stattfanden, Koalitionsregierungen im Reich und in Preußen zu bilden.

Ergebnis, daß er alle und jeden verdächtigt⁴⁷. Man wird aber doch von vornherein Beamte der Reichskanzlei und der beiden anderen beteiligten Ministerien ausschließen können. Sie hätten diese Fälschungen vor allem von der Form und vom Stil her unangreifbar gemacht. Eher könnte man an innergewerkschaftliche Gegner Leiparts und des ADGB-Vorstandes denken oder aber auch ganz einfach an einen mehr oder weniger obskuren Journalisten, den es kitzelte, auf diese Weise „Politik“ zu machen. Für ihn würde die aus dem Rahmen des Üblichen fallende Ortsangabe „Pressezimmer des Ministeriums des Inneren“ sprechen. Und wenn die Veröffentlichung der angeblichen Protokolle in dem Organ einer kommunistischen Splittergruppe am 2. Dezember⁴⁸ tatsächlich ihr erstes Auftauchen in der Öffentlichkeit ist, müssen sie in der Zeit zwischen dem Rücktritt Papens am 17. November und der Berufung Schleichers am 2. Dezember entstanden sein. Dann käme auch Goebbels durchaus als Interessent an einer solchen Fälschung in Frage. Sie würde sich dann in erster Linie gegen Strasser und weniger gegen den ADGB gerichtet haben, der allerdings nach der Art des „getroffenen Hundes“ sofort mit publizistischen und gerichtlichen Schritten reagiert hat⁴⁹. Solche Überlegungen führen jedoch sehr schnell ins Uferlose. Man wird sie daher auch am besten auf sich beruhen lassen, bis ein Zufallsfund zu einem Ergebnis führt.

IV.

Für das „Protokoll“ vom 30. Juli lassen sich also die Umstände seines Zustandekommens aufklären. Für die zweite Besprechung vom 9. September ist das schwieriger, weil diese Besprechung allem Anschein nach überhaupt nicht stattgefunden hat. Dem Fälscher fehlte also ein so günstiger „Aufhänger“ wie Plancks Anruf vom 29. Juli. Anders als bei dem ersten „Protokoll“ fehlt hier auch jeder Hinweis auf das Zustandekommen dieser Besprechung. Man wird daher auch zur Klärung des Sachverhalts etwas weiter ausholen müssen. Dabei zeigt sich allerdings sehr schnell, wie sehr gerade dieses zweite „Protokoll“ in das Zentrum der Krise trifft, in die die Reichsregierung durch den Ausgang der Reichstagswahlen vom 31. Juli geraten war. Das gibt dieser Protokollaffäre eine Bedeutung, die weit über die interne Gewerkschaftsgeschichte hinausreicht.

Wenn man versucht, die Zusammenhänge aufzuhellen, so stößt man zunächst auf die angebliche Anweisung des Reichskanzlers an Minister v. Gayl, eine weitere Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern vorzubereiten, die sich auf dem „Protokoll“ vom Juli befindet, das außerdem inhaltlich auch auf eine solche zweite Besprechung hindeutet. Offensichtlich sind diese Passagen als Ersatz für den formalen „Aufhänger“ gedacht, den das Telefongespräch im Juli gebildet hatte. Vielleicht hängt es damit auch zusammen, daß die Wahl des Datums sehr unvorsichtig war; denn am

⁴⁷ Skrzypczak, S. 454f.

⁴⁸ Hierüber Skrzypczak, S. 553.

⁴⁹ Hierzu eingehend Emig-Zimmermann, S. 28 ff.

9. September tagte der Reichsausschuß des ADGB ganztägig bis gegen 20 Uhr, und Eggert und Grassmann, die das „Protokoll“ aufführt, haben offensichtlich bis zum Schluß an dieser Sitzung teilgenommen⁵⁰.

Möglicherweise ist es darauf auch zurückzuführen, daß im Gegensatz zu der Hypertrophie von Zeitangaben, durch die sich das erste auszeichnet, das zweite „Protokoll“ auf Zeitangaben überhaupt verzichtet. Eine Teilnahme von Mitgliedern der Reichsregierung in der Form, wie sie verzeichnet ist, wäre theoretisch möglich gewesen. Am gleichen Tag fand in der Reichskanzlei eine lange und politisch recht schwierige Aussprache mit Vertretern der „Grünen Front“ statt, an der jedoch Gayl, Schleicher und Planck nicht teilnahmen⁵¹. Will man sich nicht damit begnügen, die Wahl des Datums einfach als eine „Panne“ zu betrachten, so ist denkbar, daß der Fälscher hier Pressenotizen über den Empfang der „Grünen Front“ durch den Reichskanzler benutzt hat. Damit fänden sowohl das angebliche Fehlen des „verhinderten“ Reichskanzlers als auch die Verlegung der Besprechung in das Innenministerium eine plausible Erklärung.

Über diese Formalien hinaus führt aber die Behauptung von der Teilnahme Wagens, und dazu noch als eine Art Hauptredner der Nationalsozialisten, neben dem sich die Bemerkungen Strassers fast kümmerlich ausnehmen. Denn Wagener hatte kurze Zeit vorher in gewissen Beziehungen zur Reichsregierung und speziell zum Reichswehrministerium gestanden. Am 22. August hatte er den Chef des Ministeramts, v. Bredow, aufgesucht, um ihm mitzuteilen, er habe alle Vollmachten von Hitler, die Lage mit ihm offen zu besprechen und bei ihm vorzufühlen, ob nicht noch eine erneute Aussprache Hitlers mit dem Reichskanzler möglich sei⁵². Dieser Besuch Wagens hatte dann zu dem in der Öffentlichkeit wenig beachteten zweiten Gespräch Papens mit Hitler am 29. August geführt⁵³. Und diese erneute Aussprache bildet einen gewissen Höhepunkt innerhalb der Fühlungen, die zwischen NSDAP und Zentrum eingesetzt hatten, unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen der Reichsregierung über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP, bei denen die Ansprüche Hitlers und der Widerstand des Reichspräsidenten eine erhebliche Rolle gespielt hatten⁵⁴. Ob diese Gespräche zwischen Mitgliedern der Partei- und Fraktionsführun-

⁵⁰ Skrzypczak, S. 456; Emig-Zimmermann, S. 28.

⁵¹ Vermerk (MinR Fessler), BA, R 43 I/1275, Bl. 119–125.

⁵² Notizen Bredows für einen Vortrag beim Minister, 22. 8. 1932, Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg (BA MA), Nachlaß Bredow N 97/1, Bl. 103. Daß Wagener auf Wunsch Hitlers nach Berlin übersiedelt war, um hier in ständiger Verbindung zu den maßgebenden Politikern zu bleiben, ergibt sich, wenn auch mit unklarer Datierung, aus den Aufzeichnungen Wagens. Vgl. Henry A. Turner Jr., Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten, Frankfurt 1978, S. 474 ff.

⁵³ „Dann sprach er mit Papen und Schleicher. Die gaben ihm wie immer allerhand Vertröstungen.“ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, hier zit. nach der 39. Aufl. München 1942, S. 152. Eine wohl auf Informationen der Reichskanzlei zurückgehende Inhaltsangabe dieses Gesprächs in dem Vertraulichen Informationsbericht des Büros Dertinger vom 29. 8. 1932, BA, ZSG 101/25, Bl. 256.

⁵⁴ Übersichtliche Darstellung bei Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: Erich Matthias-Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 305 ff., ergänzend hierzu aus

gen, in deren Verlauf es auch zu Gesprächen zwischen Hitler und Brüning kam, ernsthaft gemeint oder nur „Scheinmanöver“ waren, wie die von ihnen natürlich keineswegs erbaute Reichsregierung behauptete, läßt sich nur schwer entscheiden, weil die Gespräche auf beiden Seiten sehr locker in verschiedenen Gruppen und nicht immer personengleichen Kreisen geführt wurden. Wenn man den saloppen Bemerkungen von Goebbels Glauben schenken will, wenn man also annimmt, daß sie keine späteren Interpolationen darstellen, so war das Urteil der Reichsregierung richtig. Allerdings scheint es auch innerhalb der NSDAP Kreise gegeben zu haben, die für eine Koalitionslösung eintraten. Daß man dagegen diese Gespräche im Zentrum ernst nahm, zeigen Äußerungen Brünings zu Schäffer⁵⁵. Wären sie von beiden Seiten gleich ernsthaft geführt worden, hätten sie eine parlamentarische Lösung gebracht. Zugleich hätten sie auch das Ende des Reichskommissariats in Preußen bedeutet; denn NSDAP und Zentrum verfügten über sichere Mehrheiten im Reichstag und im Preußischen Landtag. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese mögliche Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsweise Anlaß zu vielen Spekulationen in der Öffentlichkeit bot. Über die zahlreichen Informationsdienste gelangten sie auch in die Tagespresse⁵⁶.

Von diesem parlamentarischen Lösungsversuch ist ein anderer nichtparlamentarischer sehr genau zu unterscheiden. Er lief parallel zu den mehr taktisch gemeinten nationalsozialistischen Fühlungen mit dem Zentrum und war im Gegensatz zu diesen durchaus ernst gemeint. Er ging ebenfalls von nationalsozialistischer Seite aus, und zwar von Gregor Strasser, der sich bemühte, eine Art Arbeitnehmerfront jenseits der Parteigrenzen zustande zu bringen, zur Unterstützung einer Reichsregierung, die Arbeitnehmerinteressen stärker berücksichtigte als die bestehende Regierung Papen es tat. Diese Bemühungen liefen unabhängig von den Parteigesprächen, obwohl sich Strasser nach beiden Seiten hin betätigte. Schäffer erfuhr von ihnen erstmals am 10. August von Leipart selbst, der ihm berichtete, „daß die Nazis auf verschiedenen Wegen bei den Arbeitern angeklopft hätten, um ein Zusammengehen in wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in Sozialismus, herbeizuführen. Sie hätten etwas entsprechendes dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Christlichen Gewerkschaften und dem Reichsbanner sagen lassen“. Leipart verhielt sich jedoch sehr vorsichtig diesen Fühlern gegenüber, weil er, wie er Schäffer andeutete, „sich darüber klar sei, daß darunter die Wirtschaft und die Arbeiter am meisten leiden würden“⁵⁷. Wenige Tage später erfuhr Schäffer von dem SPD-Abgeordneten Hertz, daß die „submarinen Bestrebungen einer Einigung zwischen Nazis und Gewerkschaften sehr ernst seien“. Eine Gewähr für diesen Ernst sah Hertz vor allem in der Person Strassers, den er seit langem genau kenne. „Er ist ein sehr anständiger Mensch.“⁵⁸

Diese Gespräche schienen rasche Fortschritte zu machen; schon am 20. August

nationalsozialistischer Sicht Bemerkungen von Goebbels vom 23. 8., 26. 8., 29. 8., 31. 8., 8. 9., 10. 9. (Kaiserhof, S. 148 ff.).

⁵⁵ Z. B. Tagebuch Bd. 22 a, S. 737 f. (11. 8. 1932), S. 825 ff. (1. 9. 1932).

⁵⁶ Zahlreiche Nachweise BA, NL Luther/346, 347.

⁵⁷ Tagebuch Bd. 22 a, S. 735 f. (10. 8. 1932).

⁵⁸ Tagebuch Bd. 22 a, S. 744 f. (14. 8. 1932).

konnte Schäffer notieren, daß Strasser bei dem Reichsbannerführer Höltermann gewesen sei, was Leipart zur Bedingung einer weiteren Fortsetzung seiner Gespräche mit ihm gemacht hatte. Demnächst könne daher auch ein Dreiergespräch Leipart-Strasser-Höltermann stattfinden. Gleichzeitig hielt er aber auch eine Spaltung der NSDAP für möglich, „auf der einen Seite die Sozialisten, auf der anderen die Völkischen. Goebbels und Hitler würden wohl zusammenbleiben, auf der anderen Seite die Sozialisten“⁵⁹. Auch in der Personenfrage schien bereits eine weitgehende Einigung erzielt zu sein. Zwischen dem 20. und 31. August hielt Schäffer verschiedene Ministerlisten fest, auf denen Schleicher als Reichskanzler, Strasser als Vizekanzler und Imbusch und Leipart als Arbeits- oder Wirtschaftsminister wiederkehren, gelegentlich auch Brüning als Außenminister oder Stegerwald ohne bestimmte Ressortangabe. Und in diesem Stadium gerieten diese Pläne und Absichten ebenfalls und in der gleichen Weise in die öffentliche Diskussion wie die nebenher laufenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum. Nach dem 20. August ist plötzlich die Presse voll von einer kommenden Regierung Schleicher mit Ministern von Strasser bis Leipart⁶⁰.

Zur gleichen Zeit zeichnete sich aber auch schon das Scheitern dieser Bemühungen ab. „Die Verhandlungen zwischen Strasser, Leipart und Höltermann haben nicht stattgefunden, weil Hitler, gestützt auf das ‚Nein‘ eine stärkere Machtposition hat und Strasser nicht gewagt hat, gegen Hitlers Verbot etwas zu unternehmen“, notierte Schäffer⁶¹. Ob Strasser selbst allerdings sofort resigniert hat, erscheint zweifelhaft. Kissenkoetter verweist jedenfalls auf eine Rede Strassers in den ersten Septembertagen, die erkennen läßt, daß er seine Pläne wenigstens noch eine kurze Zeit lang weiter verfolgt haben muß⁶². Wenige Tage später muß er sich jedoch darüber klargeworden sein, daß er nicht nur an Hitlers Widerstand gescheitert war, sondern vor allem auch an der persönlichen Bindung, die er Hitler gegenüber empfand. So ließ er am 6. September durch seinen Mitarbeiter Cordemann auch Bredow von seinem Mißerfolg unterrichten. Gleichzeitig ließ er ihm mitteilen, daß er unverändert ein treuer Gefolgsmann Hitlers bleibe. „Strasser täte nie etwas ohne Hitler, auch werde er sich nie, wie behauptet werde, von Hitler trennen.“⁶³

Und dann soll Schleicher drei Tage später mit Strasser und dem ADGB ausgerechnet über die Zukunft der Gewerkschaften verhandelt haben? Nach diesem Ausgang der Bemühungen Strassers und nach dem Besuch Cordemanns im Reichswehrministerium ist das schlechthin unmöglich. Ein solches Gespräch hätte Hitler nicht verborgen

⁵⁹ Tagebuch Bd. 22 a, S. 771 f. (20. 8. 1932).

⁶⁰ Z. B. Vertrauliche Mitteilungen. Wirtschaftliche und politische Tagesfragen 22. 8. 1932; Gerüchte um Schleicher?, Kölnische Zeitung, Nr. 456 vom 22. 8. 1932; Schleicher-Strasser-Leipart, Berlin am Morgen, Nr. 200 vom 26. 8. 1932 (sämtl. BA, NL Luther / 346, 347). Skrzypczak, S. 453, Anm. 2, verweist auf ähnliche Artikel in der Roten Fahne vom 19. und 21. 8.; vgl. hierzu auch Hans Zehrer, Revolution oder Restauration?, in: Die Tat 24 (1932/33), S. 353 ff.; Bernhard Citron, Sozialist Schleicher, in: Die Weltbühne, 1932/II, S. 306 ff.

⁶¹ Schäffer, Tagebuch Bd. 22 a, S. 775 (22. 8. 1932).

⁶² Kissenkoetter, S. 148 f.

⁶³ Kurzorientierung (KO) vom 6. 9. 1932, BA MA, N 97/1 Bl. 103; über Cordemanns Stellung in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP vgl. Kissenkoetter, S. 53.

bleiben können und wäre von ihm mit Recht als Provokation empfunden worden. Und gerade das war es, was Strasser um jeden Preis vermeiden wollte. So ergibt sich auch für dieses „Protokoll“ der gleiche Befund wie für das erste. Es ist nicht nur in der Form, sondern auch im Inhalt eine Fälschung.

Der Fälscher hatte es hier sogar verhältnismäßig leicht gehabt. Er brauchte nur das, was an Gerüchten, Meinungen und Überlegungen in der zweiten Augushälfte und Anfang September in die Öffentlichkeit gedrungen war, in seinem Sinne zurechtzubiegen. So ist auch seine Technik die gleiche wie beim ersten „Protokoll“. Eine Sache, an der „etwas dran war“, wurde zum „Aufhänger“ der Fälschung, die ihrerseits gerade dadurch für jeden glaubhaft wurde, der sich im Dezember noch an die Vorgänge vom August erinnern konnte. Dabei entbehrt es nicht der tieferen Ironie, daß der Fälscher die Ausführungen über dieses Gewerkschaftskonzept nicht Strasser selbst in den Mund legt, sondern ausgerechnet Wagener, der in dieser Frage offensichtlich nicht auf Strassers, sondern auf Hitlers Seite gestanden hat. So ist es charakteristisch, daß Bredow in seinen Notizen über sein Gespräch mit Wagener in einer auffallenden Weise mehrmals „nichts über Strasser“ vermerkt⁶⁴, was in diesem Zusammenhang nur bedeuten kann, daß Wagener ein Gegner der Pläne Strassers gewesen sein und dies durch eine einfache Nichterwähnung seines Namens in Zusammenhängen, in denen es hätte erwartet werden können, dem im übrigen eingeweihten Bredow auch deutlich zu verstehen gegeben haben muß.

V.

Über die Verbindungen Schleichers zu Strasser und dem ADGB haben sich inzwischen festgefügte Meinungen gebildet, die fast schon einen klischeehaften Charakter angenommen haben; sie lassen sich seit der Mitte der fünfziger Jahre durch die Literatur hindurch verfolgen. Grob zusammengefaßt, hat danach Schleicher selbst diesen Plan einer Regierung von Strasser bis Leipart unter seiner Führung entwickelt und als Alternative zu der nicht gerade glücklich operierenden Regierung Papen tatkräftig gefördert und ausgebaut, wobei er vor allem von dem in dieser Zeit publizistisch und politisch sehr einflußreichen Tat-Kreis angeregt, beraten und maßgeblich beeinflußt worden ist, was vielfach auch zu einer starken Überschätzung dieses Einflusses geführt hat⁶⁵. Jedenfalls aber gilt dieser Plan als Schleichers eigentliches Regierungspro-

⁶⁴ KO vom 6. 9. 1932, BA MA, N 97/1, Bl. 103.

⁶⁵ Auf dieses Problem kann hier nicht näher eingegangen werden. Es soll nur darauf verwiesen werden, daß es mit dem behaupteten großen Kulisseneinfluß „des“ Tat-Kreises ähnlich steht wie mit dem nicht minder bestimmt behaupteten Einfluß „des“ Herrenklubs. Man übersieht dabei meist, daß es in Berlin eine Vielzahl solcher politisch-gesellschaftlicher Klubs gab, von denen hier nur noch der „Klub von Berlin“ und die „Christlich Brandenburgische Tischgesellschaft“ genannt werden sollen. Um sie herum gruppierte sich eine Unzahl von informellen gesellschaftlich-politischen Kreisen wie etwa die „Holtzendorff-Abende“ des Hapagdirektors v. Holtzendorff (hierüber die Erinnerungen seines Sohnes, BA MA, N 264/1) oder der „Seeckt-Solf-Siemens-Kreis“ (KO vom 8. 11. 1932, BA MA, N 97/2 Bl. 90f.), um nur einige zu nennen. In allen diesen Klubs und Kreisen

gramm, das er insgeheim gegen Papen entwickelt hat. Aber als Schleicher Kanzler war und als die Umbildung der Reichsregierung in dieser Richtung beginnen sollte, scheiterte er an Strasser, dessen spezielle Charaktereigenschaften er falsch eingeschätzt hatte, mag man sie nun mangelhaftes Stehvermögen oder einen übertriebenen Treuekomplex gegenüber Hitler nennen. Jedenfalls hat Strasser durch sein abruptes Ausscheiden aus allen Führungsfunktionen und durch seinen Rückzug aus dem politischen Leben diese Pläne Schleichers vereitelt und Schleicher selbst ohne Hilfstruppen gelassen, so daß er den Intrigen Papens, Meißners und anderer Berater Hindenburgs nicht mehr wirksam begegnen konnte. So ungefähr stellt sich in der Literatur der letzten Jahrzehnte der Ablauf der Ereignisse dar, wenn man von gelegentlichen Varianten absieht⁶⁶.

Obwohl recht einleuchtend, ist diese Konstruktion der Ereignisse nicht mehr länger aufrechtzuerhalten, schon deshalb nicht, weil die gefälschten Protokolle teils deutlich erkennbar, teils unterschwellig in sie eingegangen sind. Hinzu kommt, daß diese Überlegungen über eine mögliche „Querfront“ der Gewerkschaften sich auf wenige Wochen im August und September 1932 zusammendrängen und damit auch zeitlich in keiner näheren Beziehung zu einem möglichen Regierungsprogramm Schleichers stehen. Das schließt natürlich nicht aus, daß sie auch noch im Oktober und November 1932 aufgegriffen und eifrig erörtert wurden, besonders in Journalistenkreisen⁶⁷. Die Umstände, unter denen die gefälschten Protokolle entstanden sind, zeigen zudem, daß solche Absichten nicht auf Schleicher, sondern auf Strasser zurückgehen. Ob und inwieweit Elbrechter – in dessen Haus sowohl Brüning als auch Schleicher öfter mit Strasser zusammenkamen⁶⁸ –, ein Mann des Tat-Kreises also, hier von Einfluß gewesen ist, muß offenbleiben. Schleicher selbst ist freilich kaum mehr als ein allerdings sehr interessierter Beobachter gewesen. Planck hat dies bereits im August auf eine direkte Frage Schäffers sehr deutlich ausgesprochen. „Vorläufig sind das erst Gedan-

tauchten Minister oder hohe Ministerialbeamte mehr oder weniger häufig auf, aber es dürfte kaum möglich sein, jemals einwandfrei festzustellen, was aus einem solchen politischen Meinungsaustausch, der mitunter auch sehr kontrovers sein konnte, wirklich in die amtliche Politik oder gar in Kabinettsvorlagen eingegangen ist. Von solchen Klubs und Kreisen ist dann aber der oft erhebliche Einfluß zu unterscheiden, den Einzelpersonen ausgeübt haben, die der einen oder anderen dieser Gruppen zugerechnet werden müssen. Was hier für den Herrenklub z. B. der Bankier Regendanz bedeutet, ist für den Tat-Kreis nicht etwa der immer genannte Zehrer, sondern der Zahnarzt Dr. Elbrechter, dessen Aktivitäten Kissenkoetter recht anschaulich geschildert hat. Aber soweit es sich verfolgen läßt, handelt es sich immer nur um persönliche Einflüsse, in die natürlich auch Grundanschauungen miteinfließen können, die sie mit anderen teilen. Aber das reicht nicht aus, um sie zum Sprachrohr eines bestimmten Klubs oder Kreises zu machen. Das beste Beispiel hierfür ist Schäffer: er war Mitglied des Reichsbanners, doch würde niemand seinen politischen Einfluß als Einfluß „des Reichsbanners“ bezeichnen.

⁶⁶ Anstelle einer näheren Analyse der sehr umfangreichen Literatur sei auf die nahezu klassische Kombination aller dieser Überlegungen bei Hans-Joachim Schoeps, *Preußen und Deutschland. Wandlungen seit 1763*, 2. Aufl. Berlin 1972, S. 119 ff., verwiesen.

⁶⁷ Hierzu einige eindrucksvolle Beispiele bei Hüllbüsch, S. 183 ff.

⁶⁸ Hierüber die Dokumente IV und V bei Kissenkoetter, S. 205 ff. Die von Brüning in seinen Memoiren (S. 571) geschilderten phantastischen Tarnmanöver galten offensichtlich der Verschleierung eines Besuches bei Elbrechter.

ken und Ansätze. Für später einmal, wenn man wieder einmal eine dauerhafte Regierung schaffen will, denkt Schleicher wohl an solche Sachen.“⁶⁹ Das bedeutet doch nicht mehr, als daß Schleicher sich abwartend verhielt, aber bereit war, diese Möglichkeit aufzugreifen, falls Strassers Bemühungen erfolgreich sein sollten. Dazu war der Plan auch allzu verlockend, mit Hilfe dieser „Querfront“ von Richtungsgewerkschaften, die den verschiedensten Parteien nahestanden, nicht nur den bedrohlichen Block der NSDAP aufzubrechen, sondern zugleich auch die erstarrten Fronten der übrigen Parteien zu umgehen. Ob seine Verwirklichung allerdings den erhofften Erfolg gehabt hätte, ist eine andere Frage, über die nur Spekulationen möglich sind.

Diese rein abwartende Haltung ermöglichte es aber Schleicher auch, den Plan sofort fallenzulassen, als Strassers Mißerfolg feststand. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß Schleicher diese Absichten nach dem 6. September, nach Cordemanns Besuch im Reichswehrministerium, ernsthaft weiterverfolgt hat. In der Ministerbesprechung am 9. November, in der die Reichsregierung die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November analysierte, kam Schleicher kurz auf die Pläne vom August zurück und bemerkte, daß für kurze Zeit die Möglichkeit bestanden habe, die NSDAP aufzuspalten. „Diese Möglichkeit besteht jetzt nicht mehr.“⁷⁰ Und als er am 28. November, wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler, Leipart zu sich bat, sprach man über alles mögliche, nur nicht über die Gewerkschaftsfront, die doch das Geheimprogramm Schleichers bilden sollte⁷¹. Es war eines der üblichen Gespräche vor der Ernennung einer neuen Reichsregierung, in der Schleicher allerdings in einer wohlberechneten Offenheit mit Leipart und dem ihn begleitenden Eggert die Probleme der Regierungsumbildung besprach. Eigentlich aber hatte er nur zwei Fragen an sie. Einmal wollte er ihren Rat für die Auswahl eines neuen Arbeitsministers. „Am liebsten würde er einen von uns beiden nehmen, aber er sehe selber ein, daß das nicht möglich sei. Er könne durchaus verstehen, daß die SPD in der Opposition bleiben müsse.“ Seine Frage beantworteten Leipart und Eggert ausweichend, da sie nicht wußten, „in welcher Gesellschaft sich dieser neue Arbeitsminister befinden werde“. Bei der Diskussion über diesen Punkt kam auch beiläufig heraus, daß Schleicher bereits vorher ein ähnliches Gespräch mit den Christlichen Gewerkschaften geführt hatte: „Er sagte darauf, Stegerwald sei ihm von den Christen in erster Linie empfohlen worden.“ Außerdem wollte Schleicher noch wissen, „welche dringenden sozialpolitischen Maßnahmen wir für die nächste Zeit von der neuen Regierung fordern oder erwarten würden“. Zu diesem Punkt übersandten ihm die beiden Besucher noch am gleichen Tag eine schriftliche Stellungnahme, die sie aber auch gleichzeitig im „Vorwärts“ veröffentlichten⁷². Trotz vieler kritischer Bemerkungen über Papen, Gayl und Braun und auch über manche Maßnahmen und Absichten der Regierung Papen überschreitet dieses Gespräch wohl kaum das in solchen Fällen Übliche.

Soweit lassen sich die Vorgänge verfolgen. Die Mystifikation beginnt erst mit dem

⁶⁹ Schäffer, Tagebuch Bd. 22 a, S. 785 (22. 8. 1932).

⁷⁰ BA, R 43 I/1458, Bl. 313–324.

⁷¹ Das Folgende nach einer Aktennotiz Leiparts vom gleichen Tage bei Emig-Zimmermann, S. 38 ff.

⁷² BA, R 43 I/2046, Bl. 86–87.

Versuch Papens, seinen Lesern zu suggerieren, daß es sich um Geheimpläne Schleichers gehandelt habe, die dieser zusammen mit Zehrer gegen ihn ausgeheckt habe⁷³. Das trifft nicht zu, und es gibt nichts, was dafür spräche. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß Papen selbst im August sehr genau unterrichtet gewesen ist, ob von Schleicher selbst oder von anderer Seite, muß offenbleiben. Er lehnte solche Pläne auch keineswegs ab, so daß von dem von ihm so sehr betonten Gegensatz „er oder ich“ nicht die Rede sein kann, wenn auch Papen wohl kaum eine klare Vorstellung über die wirtschafts- und sozialpolitische Tragweite der Pläne Strassers gehabt haben dürfte. Aber ähnlich wie Schleicher hat er sie als eine Möglichkeit angesehen und seine Ministerkollegen in der Ministerbesprechung vom 31. August, also eine Woche bevor Strassers Scheitern der Reichsregierung bekanntwurde, auf sie hingewiesen. Es war eine jener seltenen Ministerbesprechungen, in denen die Minister unter sich waren und ohne die Staatssekretäre über die innere Lage verhandelten. Hier hat Papen im Anschluß an einen Bericht über die Gespräche zwischen Zentrum und NSDAP darauf verwiesen, daß hinter solchen Fühlungnahmen „offenbare Angst“ der Parteien vor einer erneuten Auflösung des Reichstags stehe. Dann fügte er hinzu: „Das ernste Bestreben der Reichsregierung müsse daher darauf gerichtet sein, die Regierung nach unten besonders zu verankern. Darüber, wie das am zweckmäßigsten geschähe, hoffe er in naher Zukunft eine besondere Aussprache im Reichskabinett herbeiführen zu können.“⁷⁴ Außerdem ist er auch selbst in dieser Frage tätig geworden. Mit dem ihm seit einigen Jahren bekannten Carl Henseler, der als Delegierter der Christlichen Gewerkschaften im Internationalen Arbeitsamt in Genf tätig war, besprach er das Problem, und Henseler übernahm es auf seinen ausdrücklichen Wunsch, die Stimmung innerhalb der Christlichen Gewerkschaften zu sondieren. Sein Bericht ergab allerdings, daß die Neigung, auf die Absichten Strassers einzugehen, bei den meisten Vorsitzenden der Teilgewerkschaften gering war, mit Ausnahme des auch in der Öffentlichkeit genannten Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft Karl Imbusch⁷⁵. Für Papen ist es nun äußerst charakteristisch, daß er diesen Bericht Henselers im Wortlaut abdruckt⁷⁶, ohne zu merken, in welche Widersprüche er sich verwickelt, wenn er unmittelbar danach, gestützt auf die gefälschten Protokolle, die Gewerkschaftsaktion zu einem heimtückischen Anschlag Schleichers macht. In Wirklichkeit bestand Übereinstimmung zwischen ihm und Schleicher. Auf ausdrücklichen Wunsch Papens hatte Planck auch eine Abschrift der Äußerungen Henselers Schleicher zugeleitet⁷⁷.

Man ist also auch nicht auf falscher Fährte, wenn man annimmt, daß Papen und Schleicher diese Bemühungen Strassers um eine „Querfront“ der Gewerkschaften während der Augustkrise als eine der möglichen Lösungen angesehen haben; denn im

⁷³ Papen, Vom Scheitern, S. 267ff., 279ff.

⁷⁴ BA, R 43 I/1457, Bl. 389.

⁷⁵ Henseler an Papen, 19. 8. 1932. Der Brief befindet sich heute in Abschrift im Nachlaß Schleicher, BA MA, N 42/25, Bl. 139–143.

⁷⁶ Papen, S. 247ff.

⁷⁷ Planck an Schleicher, 28. 8. 1932, BA MA, N 42/25, Bl. 138.

Gegensatz zu den Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum war sie eine anti-parlamentarische Lösung, die durchaus mit einem Präsidialkabinett vereinbar war. Und um die Erhaltung dieser autoritären Regierungsform ging es Papen und Schleicher gleichermaßen und ausschließlich. Auch mag noch das große Ansehen hinzugekommen sein, das Strasser allenthalben genoß. Er war der einzige Nationalsozialist, der uneingeschränkt als „ministrabel“ galt und gegen dessen möglichen Eintritt in die Reichsregierung niemals Zweifel oder Bedenken laut wurden. Damit hängt es vielleicht auch zusammen, daß Schleicher noch nach dem Scheitern der Gewerkschaftspläne persönliche Verbindungen zu Strasser unterhielt, worüber Kissenkoetter berichtet⁷⁸. Es ist daher durchaus denkbar, daß Schleicher auch Strasser, ähnlich wie Leipart, gern in seiner Regierung gesehen hätte, auch ohne die „Querfront“, und daß er ihn schon in seiner Kanzlerzeit zu diesem Zweck bei Hindenburg einführte. Mitte Januar hat er über diese Möglichkeit auch im Reichskabinett gesprochen, als man über „die politische Lage“ beriet und ausgiebig über einen anderen Lösungsversuch, den sogenannten „Zeitgewinnungsplan“, sprach. Dieser Plan war schon im September 1932 im Reichswehrministerium entstanden und hatte unter dem Stichwort „Staatsnotstand“ die Zustimmung der Staatsrechtslehrer gefunden, die die Reichsregierung im preußischen Verfassungskonflikt vertraten. Er sah die Auflösung des Reichstags und die Verschiebung der Neuwahlen über die verfassungsmäßige Frist von 60 Tagen hinaus vor, bis stabilere wirtschaftliche und politische Verhältnisse eingetreten seien⁷⁹. Im Lauf der Erörterungen über diese Möglichkeiten hatte der Reichsernährungsminister v. Braun die Frage Strasser angeschnitten und gefragt, „ob Strasser auch in das Reichskabinett eintreten würde und ob er über einen großen Anhang verfüge“. Schleicher hatte darauf geantwortet, „daß Strasser gern ins Kabinett eintreten werde. Ob er viel Anhang mitbringen werde, schein ihm zweifelhaft ... Strasser wolle im Falle seines Eintritts in das Reichskabinett auch nicht aus der Partei ausscheiden, sondern, wie er sich ausdrücke, die nationalsozialistische Partei positiv gestalten“⁸⁰. Doch diese Überlegungen verlieren sich bereits in dem Nebel von recht phantastischen Plänen, die Elbrechter für sich in Anspruch nimmt⁸¹.

Greifbarer ist dagegen ein anderer Zusammenhang, der deutlich zeigt, wie stark die Anziehungskraft der von Strasser im August und September verfolgten Pläne gewesen sein muß. Es ist die Bedeutung, die eine andere „Querfront“ zeitweilig für Papen und Schleicher erlangt hat. Landrat Gereke, der Präsident des Deutschen Landkreistages, hatte zur Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms einen Arbeitsausschuß gebildet, dem Mitglieder der verschiedensten Parteien, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, des Stahlhelms, des ADGB und des Reichsbanners angehör-

⁷⁸ Kissenkoetter, S. 128 ff.

⁷⁹ Aufzeichnung von Oberstleutnant Ott über eine Rücksprache mit den Staatsrechtslehrern Carl Schmitt, Jacobi-Leipzig, Biffinger-Halle, 13. 9. 1932, BA, R 43 I/1000, Bl. 385–387; eine als „Vortrag“ bezeichnete zusammenfassende Darstellung dieses Plans vom 20. 1. 1933, die ebenfalls aus dem Reichswehrministerium und wahrscheinlich wohl auch von Ott stammt, in: R 43 I/1459, Bl. 15–17.

⁸⁰ Ministerbesprechung vom 16. 1. 1933, BA, R 43 I/1459, Bl. 4.

⁸¹ Kissenkoetter, S. 291 f. (Dok. IV).

ten. Und es war diese Zusammensetzung des Ausschusses, die die besondere Aufmerksamkeit Papens und Schleichers erweckte, übrigens zur gleichen Zeit, in der auch Strassers Bemühungen um die Gewerkschaften liefen. So hat Papen in der gleichen Ministerbesprechung, in der er die Andeutungen über eine notwendige „Verankerung“ der Reichsregierung nach unten machte, auch auf das Programm Gerekes hingewiesen, das der Reichsregierung Mitte August zugegangen war⁸². Papen wünschte, Gereke zu einer Ressortbesprechung einzuladen, um ihm so Gelegenheit zu geben, seine Vorschläge mit der Reichsregierung zu besprechen. „Es sei Herrn Gereke nämlich gelungen, im Zusammenhang mit seinen Vorschlägen eine Organisation zu schaffen, in der nahezu sämtliche Parteirichtungen von den Nationalsozialisten bis zu den freien Gewerkschaften vertreten seien, und es empfehle sich, mit dieser Organisation Fühlung zu gewinnen.“ Und als Luther und Warmbold diesen Hinweis dahin mißverstanden, daß man sich der Vorschläge Gerekes annehmen wolle⁸³, sprang Schleicher dem Reichskanzler sofort bei und empfahl, „die Sache nicht unbeachtet zu lassen, weniger wegen des Planes, als wegen der Organisation des Herrn Gereke, mit der man Fühlung suchen sollte“⁸⁴.

Als sich aber herausstellte, daß die Vorschläge Gerekes wegen ihres unzweifelhaft inflationären Charakters wenig Anklang bei der Reichsregierung fanden⁸⁵, waren es Schleicher und Bredow, die weiterhin die Verbindung zu Gereke und seinem Ausschuß aufrechterhielten. Das zeigen zahlreiche Bemerkungen und Notizen Bredows, die indessen meist so stichwortartig gehalten sind, daß sie kaum nähere Aufschlüsse zu geben vermögen. Sie zeigen nur, daß das Interesse an jener Organisation, die auch weiterhin unter dem Kennzeichen „Querfront“ behandelt wird, doch sehr bald dem Interesse an den Plänen und Absichten Gerekes Platz machte, an deren Entstehung ohnehin der als Angestellter im Reichswehrministerium tätige Hauptmann a. D. v. Etdorf einen erheblichen Anteil gehabt hatte⁸⁶. Bredow versuchte daher, in den maßgebenden Ressorts für diese Pläne zu werben, und setzte zu diesem Zweck „Schäferhunde“ ein, wahrscheinlich Angehörige des Reichswehrministeriums, die persönliche Beziehungen zur Werbung ausnutzen sollten⁸⁷. Und als der Landkreistag Mitte November seine Jahreshauptversammlung abhielt, sandte Schleicher ein Grußtelegramm und ließ sich durch Bredow vertreten⁸⁸.

Es war eine selbstverständliche Folge, daß sich der Arbeitskreis durch dieses Interesse Schleichers politisch aufgewertet fühlen mußte. Als er aber nach dem Rücktritt

⁸² Leitsätze für ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, BA, R 43 I/2045, Bl. 304–310.

⁸³ „Ich machte darauf aufmerksam, daß diese Leitsätze reine Inflation seien, was Warmbold bestätigte.“ Aufzeichnung Luthers über die Ministerbesprechung vom 31. 8. 1932, BA, NL Luther/347.

⁸⁴ BA, R 43 I/1457, Bl. 406.

⁸⁵ Aufzeichnung über eine Besprechung mit Gereke am 5. 9. 1932, BA, R 43 I/2045, Bl. 314–316.

⁸⁶ Kissenkoetter, S. 129f.; Dieter Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: VfZ 15 (1967), S. 23, Anm. 17.

⁸⁷ Zahlreiche Andeutungen über die „Schäferhunde“ oder die „Schäferhundesache“ in Briefen, die Bredow Ende Oktober an Schleicher während dessen Urlaubs nach Badenweiler sandte; BA MA, N 97/2, Bl. 71–81.

⁸⁸ KO vom 12. 11. 1932, BA MA, N 97/2, Bl. 108.

Papens politisch aktiv werden wollte und Forderungen für die Neubildung der Reichsregierung bei Bredow vortragen ließ, stieß er schnell an seine Grenzen. Man forderte die Ernennung Schleichers oder Gerekes zum Reichskanzler und verwies nicht gerade sehr geschickt darauf, daß andernfalls „das Chaos“ kommen werde, „verbunden mit gewaltigen Hungermärschen, Abschließung und Selbsthilfe gewisser landwirtschaftlicher Bezirke, Abrutschen des Reichsbanners und der SA“. Damit holte man sich jedoch eine massive Abfuhr. „Ich habe klipp und klar gesagt, die Entscheidung fällt einzig und allein der Reichspräsident. Der Entscheidung müsse man sich in Anbetracht der Notlage unbedingt fügen. Jede Selbsthilfe-Organisation gegen Staat und Recht würde mit der allerbrutalsten Rücksichtslosigkeit erledigt werden.“⁸⁹

So ergibt sich wieder das gleiche Bild einer beobachtenden und abwartenden Haltung, die Schleicher auch im August schon den Versuchen Strassers gegenüber eingenommen hatte. Auch bei dieser tatsächlich bestehenden und nicht bloß geplanten „Querfront“ bleibt es bei wohlwollendem Interesse, aber als die Entwicklung in ein ernsthaftes Stadium übergang, schreckte man doch davor zurück, diese Kombination in die Waagschale der politischen Diskussion zu werfen, und sei es auch nur als psychologisches Druckmittel⁹⁰.

Es leuchtet ein, daß diese Ereignisse und Verhaltensweisen den Politiker Schleicher nicht durchschaubarer machen. Im Gegenteil – das Maß an relativer Klarheit, das man mit Hilfe der gefälschten Protokolle zu gewinnen glaubte, geht jetzt wieder verloren. Die Frage: „Was wollte Schleicher wirklich?“ ist nach wie vor unbeantwortet und stellt sich von neuem. Und es scheint, als ob es heute ebenso schwierig sei, eine Antwort zu finden, wie vor zwei Jahrzehnten. Was der Komplex „Querfront“ zeigt, ist eine ziemlich unentschlossene Politik, die Erwartungen weckte, die durch die wirklichen Entschließungen nicht erfüllt wurden. Daß Schleicher nur ein Intrigant gewesen sein soll, der das Ansehen der Regierung Papen systematisch untergraben hat, erscheint aber auch recht zweifelhaft. Dazu waren die Ungeschicklichkeiten dieser Regierung zu groß, etwa die Unentschlossenheit des Reichskanzlers in der Frage der Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhren oder das Doppelspiel in der Preußenfrage, der man zuerst den Anstrich einer wahltaktischen Aktion im Dienste deutschnationaler Parteiinteressen gegeben hatte, um sie dann überstürzt zum Kernstück einer grundsätzlichen Reichsreform zu machen, weil man die für die Reichsregierung wenig günstige Entscheidung des Staatsgerichtshofs unterlaufen wollte, noch ehe die schriftlichen Entscheidungsgründe vorlagen, oder schließlich die reichlich un- ausgegorenen Pläne zur Reform der Reichsverfassung. Es gab genug Anlässe, die

⁸⁹ KO vom 25. 11. 1932, BA MA, N 97/2, Bl. 125.

⁹⁰ Hentschel, S. 75 f., der dieses Gespräch Bredows mit den Vertretern des Arbeitskreises erwähnt, freilich ohne Bredows scharfe Reaktion, sieht in ihm die „Gewerkschaftsachse“, die hier „in erweiterter Form neue Gestalt angenommen“ habe. Daher schreibt er ihm auch einen gewissen Einfluß auf die wenig spätere Ernennung Gerekes zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zu, wobei er allerdings irrigerweise annimmt, Gereke sei zugleich auch „Vizekanzler“ geworden. In Wirklichkeit ist Gereke nicht einmal Reichsminister gewesen, sondern Reichskommissar mit Kabinettsrang, mit dem Recht also, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen.

sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Schleicher und Papen aufkommen ließen. Andererseits ist aber die Frage zu stellen, ob es ohne Schleicher jemals einen Kanzler Papen gegeben hätte.

In einer der Gelegenheitsschriften, die 1932 aus Anlaß des Regierungswechsels herauskamen, wird Schleicher als „der unersetzliche Fachmann für die Beobachtung des innerpolitischen Getriebes“ bezeichnet. „Er weiß alles, wie nur je ein Polizeiminister des Absolutismus Wissen über die Dinge gehabt hat. Er kennt alle Menschen der Politik und weiß, wie sie zu behandeln sind“ – Schleicher also als eine Art Fouché der Republik? Freilich ist in diesem Zusammenhang auch von seinem Verhandlungsgeschick die Rede, das ihn in die Lage versetze, „mit den schwierigsten Politikern ohne Unterschied der Partei und Richtung fertig zu werden“. Das mache ihn „den Einen zum schlimmsten Ärgernis, den anderen zur nie versagenden Zuflucht. Er selbst bewahrt bei allem den Humor und die unzerstörbare Ruhe“⁹¹. Danach wäre Schleicher ein Nur-Taktiker gewesen, dessen Scheitern sich als das Scheitern eines Taktikers vor einem anderen darstellt.

Für die spielerischen Elemente, die mit einer solchen nur-taktischen Auffassung der Politik untrennbar verbunden sind, gibt es indessen einige Anzeichen. Abgesehen von der Tatsache, daß man Schleichers Verhalten in der Frage der „Querfront“ auch von dieser Seite her sehen kann, sind am auffallendsten wohl die Gerüchte, die Ende Januar über einen bevorstehenden Putsch der Reichswehr gegen eine Ernennung Hitlers auftauchten. Schäffer berichtet über sie: „Am 29. 1. (Sonntagnachmittag) läutet mich Planck an und sagt mir, *auch im Namen Schleichers*, man brauche keine Bedenken haben. Die Reichswehr werde Hitler nicht anerkennen. Wenn Hitler Gewalt anwenden wollte, so sei auf das Reiterregiment, das in Potsdam liege, voller Verlaß.“⁹² Als Schäffer jedoch Ende März Gelegenheit hatte, Schleicher und Planck unmittelbar zu fragen, erhielt er die verblüffende Antwort: „Das ist alles Blödsinn. Man kenne sie und Hammerstein doch genügend, daß man ihnen so etwas nicht zutrauen würde.“⁹³ Man fühlt sich mit der Pilatusfrage nach der Wahrheit unmittelbar konfrontiert. Immerhin hatte dieser „Blödsinn“ inzwischen bewirkt, daß Blomberg be-

⁹¹ Heinz Brauweiler, *Generäle in der deutschen Republik*. Groener-Schleicher-Seeckt, Berlin 1932, S. 33, 37. Ein gutes Beispiel für das, was Brauweiler hier andeutet, bildet ein aufgefangenes und entziffertes Geheimtelegramm des italienischen Botschafters Cerutti an das Außenministerium in Rom vom 13. 12. 1932, in dem über ein Gespräch berichtet wird, das der italienische Minister Balbo während eines Besuchs in Berlin mit Göring gehabt und in dem Göring sehr offen über seine Ambitionen auf das Amt des Preußischen Ministerpräsidenten gesprochen hatte. Schleicher sei dafür aber nicht zu haben. „Er möchte, daß Strasser Preußischer Ministerpräsident und Vizekanzler werde“ (BA MA, N 42/23, Bl. 7).

⁹² Schäffer, *Tagebuch* Bd. 24 a, S. 2 (Sperrung bei Schäffer). Das Tagebuch Schäffers weist für die Zeit vom 1. 1.–5. 3. 1933 eine Lücke auf, weil am 5. 3. Schäffers Tagebuch bei einer Haussuchung beschlagnahmt worden war. Schäffer hat „unmittelbar“ danach „nach dem Gedächtnis zu notieren versucht, welche Gespräche allgemein interessierenden Inhalts ich während der Zeit bis zum 5. III. einschließlich gehabt hatte“. Unter den danach aufgeführten acht Gesprächen befindet sich auch dieser Anruf Plancks.

⁹³ *Tagebuch* Bd. 24 a, S. 30 (29. 3. 1933).

reits einige Stunden vor der Bildung der Regierung Hitler vorsorglich zum Reichswehrminister ernannt worden war, ganz abgesehen davon, daß er die Bildung dieser Regierung doch ganz wesentlich mit beeinflußt hat.

Zauderer – Herr eines Nachrichtennetzes – geschickter Verhandlungspartner – Taktiker mit der Unbekümmertheit eines Spielers – Intrigant – sicher hat Schleicher von allem etwas, aber in welcher Mischung? So bleibt nur die Feststellung, daß man noch immer vor äußerst widersprüchlichen Elementen seiner Politik steht. Ob sie sich jemals zu einem klaren Bild seines Handelns und seiner Vorstellungen zusammenfassen lassen, erscheint bei der heutigen Quellenlage zweifelhaft.